

SVD

Von: "SVD" <svdmail@s-vd.de>
An: "SVD" <svdmail@s-vd.de>
Gesendet: Sonntag, 5. Dezember 2010 00:50
Betreff: Fw: Newsletter Fuellmich 04.12.2010
 - Info via SVD -

Herr RA Dr. Fuellmich schreibt in einer mail vom 05.12.10 um 00:30 Uhr:

----- Original Message -----

From: "newsletter www.fuellmich.com" <info@fuellmich.com>

To: <webmaster@s-vd.de>

Sent: Sunday, December 05, 2010 12:30 AM

Subject: Newsletter Fuellmich 04.12.2010

Sehr geehrte Damen und Herren,

Newsletter-Themen im Ueberblick:

. OLG Düsseldorf vom 19.11.2010 gegen Deutsche Bank: Deutsche Bank hat keinerlei Ansprüche gegen ihre Schrottimmobiliendarlehensnehmer, OLG stellt - einen Millimeter vor dem ausdrücklichen Vorwurf des Prozessbetrugs - fest, dass die DB-Zeugen und die DB selbst offenkundig unwahr vortragen

. LG Kassel gegen Hypo vom 02.11.2010: Hypo hat weder Vollstreckungs- noch Zahlungsansprüche gegen unseren Mandant

. weitere Meldungen:

- immer noch unsere Meinung: Binnennachfrage in Deutschland ankurbeln, in dem mit Steuergeldern gerettete Banken auf 50% aller Verbraucherdarlehen verzichten

- WikiLeaks von Julian Assange bringt jetzt auch bei den Banken Licht in die im Verborgenen stattfindenden kriminellen Geschäfte

- auch deutsche Bank profitierte vom amerikanischen Bankenrettungsschirm

- nach Portugal wird der deutsche Steuerzahler Spanien retten können

- Immobilienpreise in den USA brechen weiter ein

Schau´n wir einmal, wie lange noch das Roulette-Spiel an den Börsen und die "alles-ist-wieder-gut" Gesundheitserei der Politik funktioniert.

In den USA hat sich herausgestellt, dass die dortigen Banken offenbar mit skandalösen Praktiken (Die ZEIT) Zwangsräumungen betrieben, teilweise sogar Zwangsversteigerungen und Zwangsräumungen in Immobilien betrieben, die überhaupt nicht finanziert waren.

Hoffen wir, dass Julian Assange - wie angekündigt - Anfang des kommenden Jahres noch mehr Lügengeschichten aus Wirtschaft und Politik als solche enttarnt. Wir haben da dann auch noch ein paar Dokumente, die das eine oder andere Schlaglicht auf die Praktiken deutscher Banken und sie gegen Geld unterstützender Dritter werfen würden.

Die inzwischen auch in den USA einschlägig bekannte Deutsche Bank (gleich mehrere Staatsanwaltschaften ermitteln dort gegen sie) scheint jedenfalls langsam aber sicher auch in den deutschen Gerichten als Prozessbetrüger entlarvt zu sein; sie und ihre Rechtsanwälte arbeiten jetzt übrigens wieder auf das engste mit den in gleicher Weise im Wege des Prozessbetruges aktiven HypoBank und ihren Anwälten zusammen. Deshalb rechnen wir damit, dass auch die Deutsche Bank in den 10

Rechtsstreiten, in welchen sie vom LG Oldenburg am 08.03.2010 wegen ihrer Kenntnis von der Täuschung ihrer Darlehensnehmer über die wahre Höhe der Wohnungsvermittlungsprovision verurteilt wurde, in Kürze alle Berufungen zurücknehmen wird.

I. Urteil des OLG Düsseldorf vom 19.11.10, Az. I-17 U 15/07, gegen die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG

Der Tenor der Entscheidung lautet:

"Das am 20. Dezember 2006 verkündete Urteil der 3. Zivilkammer des Landgerichts Duisburg (Az. 3 O 185/05) wird abgeändert und deren Versäumnisurteil vom 14. Dezember 2005 aufgehoben.

Die Zwangsvollstreckung aus der notariellen Urkunde des Notars Lothar Kämmerer aus Ludwigshafen vom 31. März 1992 (UR-Nr. 1163/92) wird für unzulässig erklärt, soweit sie gegen das persönliche Vermögen der Kläger gerichtet ist.

Es wird festgestellt, dass der Beklagten aus den Darlehensverträgen XXX-87 und XXX-88 keine Ansprüche gegen die Kläger zustehen.

Die Zwischenfeststellungswiderklage (der Deutschen Bank) wird abgewiesen."

Gegenstand der Entscheidung ist eine weitere der insgesamt 237 von der Deutschen Bank durchfinanzierten Wohnungen in der Wohnanlage Mühlheim, Duisburger Straße.

Auch hier hatte die Deutsche Bank mit Hilfe einer nichtigen Vollmacht und des Schaul-Vertriebs unseren Mandanten eine Wohnungsvollfinanzierung angedient. Es wurde mit den üblichen falschen Zusicherungen (die auch im Prospekt dokumentiert sind) geworben: Die Darlehensnehmer wurden über die wahre Höhe der Maklerprovision (nur 3,42% von insgesamt 21,66% wurden offen gelegt), über die nachhaltig erzielbare Miete (nicht 16,50 DM sondern nur 13,00 DM waren erzielbar, wie eine Gerichtsgutachterin festgestellt hat) und über die wahre Rolle der Treuhänder, welche in Wahrheit auf der Gegenseite des Geschäfts standen, getäuscht.

Da die dem gesamten Geschäft zugrunde liegende Vollmacht nichtig war, hat sich das Gericht (der sehr sorgfältig arbeitende 17. Senat des OLG Düsseldorf) zunächst (und da dies bereits ausreichend für den Erfolg der Klage war, ausschließlich) mit der Frage beschäftigt, ob der Bank überhaupt rechtzeitig bei Abschluss des Darlehensvertrages eine Ausfertigung der notariellen Vollmacht vorlag. Dazu hat es die schon erstinstanzlich durchgeführte Beweisaufnahme, nach welcher das LG Duisburg zu der Auffassung gelangt war, nach der Einvernahme des gewohnheitsmäßig die Gerichte nach Strich und Faden belügenden Zeugen Scheck und der - inzwischen nervlich nicht mehr belastbaren - Frau Conzelmann habe der Bank bei Abschluss des Darlehensvertrages eine Vollmachtsausfertigung vorgelegen, noch einmal wiederholt und selbst noch einmal die Zeugen Scheck und Conzelmann vernommen. Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass die Bank den Nachweis der rechtzeitigen Vollmachtsvorlage auch hier wieder einmal nicht erbringen konnte, sondern während der jahrelangen Prozessdauer lediglich versucht hat, das Oberlandesgericht mit Hilfe ihres Zeugen und Berufsprozessbetrügers Scheck zu täuschen.

Das Oberlandesgericht ging dieser Täuschung aber nicht auf den Leim und stellt in aller Deutlichkeit fest, dass Darlehensverträge, die unter Zwischenschaltung von Treuhändern (= Bevollmächtigten) abgeschlossen wurden und auch schon ausgezahlt wurden, natürlich nicht erst dann zustande kamen, wenn sie dem Kunden zur Information übersandt wurden, sondern in dem Moment zustande kamen, in dem die Darlehensvaluta dem

Treuhänder zur Verfügung gestellt wurde. Insoweit hat die Zeugin Conzelmann von der Beklagten hier wahrheitsgemäß ausgesagt. Die Zeugin Rothärmel von der Beklagten hatte zudem ja schon geraume Zeit vorher beim Oberlandesgericht Oldenburg ausdrücklich erklärt, dass Auszahlungen ohne Darlehensvertrag bei der Deutschen Bank zwar technisch möglich, aber unzulässig waren. Die Deutsche Bank hingegen behauptet fortgesetzt bis heute, dass es "Vorabauszahlungen auf einen später noch zu schließenden Darlehensvertrag" mit "Rückbuchungsvereinbarung" gegeben habe. Diese glatte Lüge dürfte jetzt wohl niemand mehr glauben.

Im Sachverhalt der Entscheidung des OLG Düsseldorf heißt es (Seite 3 unten, 4 oben):

"Zur Finanzierung der Wohnung schloss die Treuhänderin mit der Beklagten zunächst einen Zwischenfinanzierungsvertrag über 128.280,00 DM, der seitens der Treuhänderin am 18.12.1991 unterzeichnet wurde; die Unterschrift der Beklagten auf dem Darlehensvertrag ist auf den 19.12.1991 datiert, diejenige auf einem Zusatzblatt auf den 30.12.1991 (131., 1625 GA). Der Zwischenfinanzierungsvertrag wurde den Klägern mit einem auf den 19.12.1991 datierten, am 21.01.1992 abgesandten und ihnen am 23.01.1992 zugestellten Schreiben (Anlage S 8, Bl. 290-52 GA = Anlage BB 29, Bl. 813ff. GA) übersandt. Diesem Schreiben war ein "Merkblatt für noch einzureichende Unterlagen" beigelegt. Bereits mit Schreiben vom 17.01.1992 hatte die Beklagte den Klägern mitgeteilt, dass das Darlehen am 31.12.1991 in Anspruch genommen worden sei (Anlage BB 3, Bl. 505 GA)."

Sodann weist das OLG Düsseldorf gleich eingangs seiner Urteilsbegründung auf den vollkommen widersprüchlichen und ständig wechselnden Vortrag der Deutschen Bank wie folgt hin (Seite 7 unten, 8 oben):

"Sie hat mit der Berufungserwiderung und in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat am 29.08.2008 vorgetragen, eine Ausfertigung der notariellen Vollmacht habe der Beklagten bei Unterzeichnung des Zwischenfinanzierungsvertrages am 30.12.1991 vorgelegen. Später hat sie dann vorgetragen, der Zwischenfinanzierungsvertrag sei "frühestens" am 30.12.1991, möglicherweise auch erst kurz vor Versendung des Darlehensvertrages unterschrieben worden (Schriftsatz vom 30.12.2008). Der Darlehensvertrag sei auch erst mit Zugang der Vertragsurkunde beim Kunden zustande gekommen, so dass es ausgereicht hätte, wenn zu diesem Zeitpunkt eine Ausfertigung der Vollmacht vorgelegen hätte. Der Zeitpunkt ihres Eingangs bei der Beklagten lasse sich jedoch aufgrund der Tatsache, dass ihr kein Übersendungsschreiben mehr vorliege, nicht nachvollziehen. Jedenfalls habe - worauf es maßgeblich ankomme - die Ausfertigung der Vollmacht bei Unterzeichnung des Endfinanzierungsvertrages vorgelegen."

Weiter stellt der Senat fest (Seite 10)

"Entgegen der Auffassung der Beklagten sind die Kläger nicht nach den Grundsätzen von Treu und Glauben gehindert, sich auf die Unwirksamkeit der Vollmacht zu berufen. . Da für eine Genehmigung der hiernach schwebend unwirksamen Darlehensverträge durch die Kläger (§ 177 Abs. 1 BGB) keine hinreichenden Anhaltspunkte vorliegen, wären die Darlehensverträge mithin nur wirksam, wenn sich die Beklagte nach den §§ 171, 172 BGB auf den Rechtsschein einer ihr vorliegenden Vollmachtsurkunde berufen könnte, ihr also bei Abschluss der Darlehensverträge eine Ausfertigung der notariellen Erklärung vom 08.12.1991 vorgelegen hätte. Das kann der Senat nicht feststellen, und zwar weder für den Zwischenfinanzierungsvertrag noch für den Endfinanzierungsvertrag."

Dann äußert sich der Senat zur Beweislast in diesen Fällen (Seite 11):

"Die Beweislast für das Vorliegen einer Ausfertigung der notariellen Urkunde vom 08.12.1991 trägt die Beklagte. Im Unterschied zu dem vom Bundesgerichtshof am 23.09.2008 entschiedenen Fall (XI ZR 262107, WM 2008, 2155ff., Rz. 21; vgl. auch BGH, 28.04.2009, XI ZR 228/08, Rz. 24) geht es hier nicht darum, dass die Kläger bereicherungsrechtliche Ansprüche gegen die Beklagte geltend machen, bei denen sie das Fehlen des rechtlichen Grundes für eine Leistung und nach der zitierten - nach Auffassung des Senats allerdings zweifelhaften - Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes auch das Fehlen einer Rechtsscheinsvollmacht im Sinne der §§ 171, 172 BGB zu beweisen hätten. Vielmehr ist es bei der hier gegebenen Fallkonstellation Sache der Beklagten, das Bestehen ihres Darlehensanspruchs bzw. des Anspruchs auf Stellung einer Unterwerfungserklärung und damit die Voraussetzungen der §§ 171, 172 BGB nachzuweisen. Die Konstellation einer Vollstreckungsgegenklage bzw. der prozessualen Gestaltungsklage ändert hieran nichts (vgl. BGH, NM 2001, 2096 ff., Rz. 19ff.).

Dieser Nachweis ist der Beklagten nicht gelungen. Der Senat vermag sich unter Berücksichtigung des gesamten Inhalts der Verhandlungen und des Ergebnisses der von ihm wiederholten Beweisaufnahme (§ 286 ZPO) nicht die Überzeugung zu verschaffen, dass der Beklagten bei Abschluss der Darlehensverträge eine Ausfertigung der notariellen Urkunde vom 08.12.1991 - und nicht vielmehr nur Kopien, Faxkopien oder notarielle Bestätigungen, die zur Erzeugung eines Rechtsscheins im Sinne der §§ 171, 172 BGB nicht ausgereicht hätten - vorlag."

Zunächst wendet sich der Senat sodann dem Zwischenfinanzierungsvertrag und der Tatsache zu, dass von der Bank keinerlei Unterlagen vorgelegt wurden, aus denen sich ergeben hätte, dass rechtzeitig eine Vollmacht vorlag (Seite 11 unten, 12 oben):

"Dies gilt zunächst für den Abschluss des Zwischenfinanzierungsvertrages und den Zeitraum bis zum Abschluss des Endfinanzierungsvertrages.

Urkunden, aus denen sich unmittelbar ergäbe, zu welchem Zeitpunkt die Beklagte in den Besitz der Ausfertigung der notariellen Vollmachtsurkunde gekommen ist, existieren nicht. Ein Übersendungsschreiben der Fa. Fitec, in dem die von den Klägern erworbene Wohnung Nr. 209 aufgeführt ist, liegen der Beklagten - auch wenn sie nach eigener Einlassung hiernach nicht umfassend geforscht hat nicht vor. Ebenso wenig ist die der Beklagten vorliegende Vollmachtsurkunde mit einem Eingangsstempel versehen, aus dem sich ihr Eingang bei der Beklagten entnehmen ließe.

Die Aussagen der Zeugen Conzelmann und Scheck haben den Beweis für die Richtigkeit der Behauptung der Beklagten nicht erbracht."

Auf Seite 13, 2. Abs. erklärt das Gericht weiter:

"Dabei kommt es allerdings nicht entscheidend darauf an, dass sich die Zeugen nicht mehr an den konkreten Einzelfall erinnern konnten; das ist angesichts des verstrichenen Zeitraums von fast 19 Jahren mehr als verständlich. Entscheidend ist vielmehr, dass der Senat nach den Zeugenaussagen und dem sonstigen Inhalt der Verhandlungen nicht die Überzeugung gewinnen konnte, dass das von den Zeugen als 'üblich' beschriebene Verfahren tatsächlich 'im Normalfall' und im vorliegenden Einzelfall so angewendet worden ist. Dafür sind im Einzelnen folgende Erwägungen maßgeblich:

Der Senat geht hinsichtlich der Aussage der Zeugin Conzelmann davon aus, dass die Zeugin subjektiv wahrheitsgemäße Angaben zur Sache gemacht hat. Die Zeugin konnte sich jedoch an viele Einzelheiten nicht mehr erinnern; sie wusste weder, ob es. bankinterne Anweisungen gab,

aus denen sich die Verpflichtung ergab, vor der Unterzeichnung des Darlehensvertrages die Vollmacht zu prüfen, hoch war ihr erinnerlich, ob es Ausnahmen von einer solchen Regel gegeben hat. Auch eine Antwort auf die Frage, ob es ggf. im Jahresendgeschäft Rückdatierungen gegeben habe, wusste sie nicht zu geben, nachdem sie dies in früheren Vernehmungen noch für möglich gehalten hatte (vgl. etwa Protokoll ihrer Vernehmung vor dem Landgericht Frankfurt/M. vom 20.05.2008, Anlage BB 95, Bl. 1963R GA, Vernehmungsprotokoll des Amtsgerichts Albstadt vom 21.11.2008, Anlage BB 101, Bl. 1996 GA). Vor allem aber hat die Zeugin angegeben, mittlerweile nicht mehr zu wissen, ob sie sich an viele Dinge noch richtig erinnere oder ob es nur die Aussagen in einer Vielzahl anderer Verfahren seien, an die sie eine Erinnerung habe. Der Beweiswert der Zeugenaussage Conzelmann ist daher hinsichtlich der "Üblichkeit" einer bestimmten Handhabung in der Filiale Albstadt der Beklagten, aus der sich Rückschlüsse auf die Handhabung im vorliegenden Einzelfall ziehen ließen, maßgeblich eingeschränkt."

Dann wendet sich der Senat der Aussage des Herrn Scheck zu. Betreffend Herrn Scheck weist das Gericht (wie schon viele vor ihm) vorsichtig daraufhin, dass seine Aussagen schlicht keinerlei Sinn machen (Seite 14 - 16):

"Nichts anderes gilt im Ergebnis für die Aussage des Zeugen Scheck. Denn dieser musste einräumen, die ihm jeweils vorgelegten Unterlagen nur stichprobenartig auf ihre Vollständigkeit überprüft zu haben, und deswegen nichts dazu sagen zu können, ob sämtliche erforderlichen Unterlagen immer - und damit auch im vorliegenden Fall - vor Unterzeichnung des Vertrages vorlagen.

Ungeachtet dessen ist die Aussage des Zeugen aber auch nicht frei von Ungereimtheiten und Widersprüchen. So hat der Zeuge etwa ausgesagt, in der Filiale Albstadt-Ebingen seien die auf den für die Beklagte bestimmten Ausfertigungen der Darlehensverträge aufgebrauchten Prüfstempel "nie" auch auf den für die Darlehensnehmer bestimmten Ausfertigungen aufgebracht worden (S. 4/5 des Protokolls vom 12.05.2010, Bl. 1913/1914 GA). Dies entspricht nachweislich nicht den Tatsachen; die Kläger haben als Anlage BB 56 (Bl. 1495ff. GA) allein fünf Darlehensverträge der Filiale Albstadt-Ebingen vorgelegt, auf denen Prüfstempel auf den für die Darlehensnehmer bestimmten Ausfertigungen aufgebracht sind. Einen nachvollziehbaren Grund hierfür konnte der Zeuge nicht angeben. Soweit der Zeuge ausgeschlossen hat, dass sich die Mitarbeiter seiner Filiale mit einer Notarbestätigung bzw. einfachen Kopie statt einer Ausfertigung der Vollmacht begnügt hätten, widerspricht das früheren Aussagen; so hat der Zeuge am 15.08.2008 vor dem Amtsgericht Albstadt ausgesagt, dass er genau dies zwar im dortigen Fall für unwahrscheinlich halte, aber auch nicht ausschließen könne (Anlage BB 70, Bl. 1558R GA). Schließlich hat der Zeuge zunächst bekundet, er gehe nach den ihm vorgelegten schriftlichen Unterlagen davon aus, seine Unterschrift am 30.12.1991 geleistet zu haben, während er sich auf Vorhalt später dahingehend korrigieren musste, dass er seine Unterschrift ggf. auch erst in der Zeit zwischen dem 30.12.1991 und der Versendung der Unterlagen am 21.01.1992 geleistet haben könnte.

Darüber hinaus liegen weitere Umstände vor, die jedenfalls in ihrer Gesamtheit mehr als nur theoretische Zweifel an einer "ordnungsgemäßen" Handhabung im Sinne der vom Zeugen Scheck in Bezug genommenen Kontoeröffnungsrichtlinie wecken, so dass der Senat letztlich nicht feststellen kann, dass (und wann) der Beklagten eine Ausfertigung der notariellen Vollmacht vorgelegen hat.

So hat etwa der Zeuge Scheck ausgesagt, dass nach seiner Erinnerung die Kontoeröffnungsrichtlinie vorgesehen habe, bei Eröffnung des Kontos das Vorliegen einer Ausfertigung der Vollmacht zu prüfen (S. 3 des

Protokolls vom 12.05.2010, Bl. 1912 GA). Zugleich hat er aber - wie auch schon bei früheren Aussagen - eingeräumt, dass es gerade im Jahresendgeschäft vorgekommen sei, dass Konten eröffnet und Darlehen ausgezahlt worden seien, obwohl noch keine Ausfertigung der Vollmacht vorgelegen habe (S. 4 des Protokolls, Bl. 1913 GA). Wenn auch dieses Verfahren mit sog. Rückbuchungsvereinbarungen abgesichert worden sein mag, so hätten doch hiermit die Mitarbeiter der Beklagten gegen deren eigene Richtlinien verstoßen. Es ist daher durchaus zweifelhaft, dass die Mitarbeiter der Beklagten dieselbe Richtlinie an anderer Stelle penibel eingehalten haben wollen, zumal die Problematik "Unwirksamkeit der Vollmachten wegen Verstoßes gegen das Rechtsberatungsgesetz" doch im maßgeblichen Zeitraum überhaupt keine Rolle spielte.

Auch die insgesamt unklare Datenlage weckt maßgebliche Zweifel an der Einhaltung richtlinienkonformer Arbeitsabläufe in der Filiale Albstadt-Ebingen. So ist es jedenfalls in den sog. Jahresendfällen - unstreitig zu Rückdatierungen der Darlehensverträge gekommen, um den Darlehensnehmern steuerliche Vorteile zu sichern. Ferner stimmt das auf dem Darlehensvertrag aufgedruckte Datum "19.12.1991" unstreitig nicht mit dem tatsächlichen Datum der Unterschriftsleistung überein und weicht zudem von dem auf dem "Zusatzblatt zum Darlehensantrag" vermerkten Datum "30.12.1991" ab. Das mag seine Ursache in technischen Gegebenheiten haben, entspricht aber nicht den üblichen, an den Geschäftsverkehr einer deutschen Großbank anzulegenden Sorgfaltsmaßstäben. Gleiches gilt für den Umstand, dass die Mitarbeiter der Beklagten nach deren eigener Einlassung (Schriftsatz vom 15.02.2010, Bl. 1778 GA) den Übersendungsschreiben der Fa. Fitec keine größere Bedeutung beigemessen und deren Eingang daher nicht mit einer erhöhten Sorgfalt mittels Aufbringung von Eingangsstempeln dokumentiert hätten. Es dürfte im Bankgeschäftverkehr eher unüblich sein, den Eingang von Schriftstücken nicht zeitlich zu dokumentieren; nahe gelegen hätte dies aber jedenfalls dann, wenn man, wie die Beklagte behauptet, dem Vorliegen der Ausfertigungen der notariellen Vollmachten besondere Bedeutung beimaß.

Hinzuweisen ist ferner auf das auf den 19.12.1991 datierte Schreiben der Beklagten an die Kläger, mit dem ihnen am 21.01.1991 die Darlehensunterlagen sowie ein "Merkblatt über noch einzureichende Unterlagen" übersandt wurde (Anlage BB 29, Bl. 813-814 GA). Auf diesem Merkblatt ist u. a. die notarielle Annahmeerklärung und Vollmacht angekreuzt. Träfe dieses Merkblatt inhaltlich zu, hätte der Beklagten die Ausfertigung der notariellen Vollmacht zum Zeitpunkt der Absendung dieses Schreibens noch nicht vorgelegen. Ist das Schreiben dagegen inhaltlich unrichtig, weil es bereits vor Eröffnung des Darlehenskontos vorbereitet und später nicht mehr abgeändert wurde, wie die Beklagte behauptet und wie auch der Zeuge Scheck ausgesagt hat, lässt das wiederum Schlüsse auf die Ordnungsgemäßheit der Geschäftsabläufe in der Filiale Albstadt-Ebingen zu, die es in der Gesamtschau mit den vorab erörterten Umständen nicht wahrscheinlich machen, dass die Beklagte ausgerechnet darauf besonderes Augenmerk gelegt haben will, dass ihr bei Unterzeichnung, spätestens aber Absendung des Vertrages eine Ausfertigung der notariellen Vollmachten vorlag."

Danach geht das Gericht auf den wirren und widersprüchlichen Vortrag der Beklagten und ihrer Anwälte ein und formuliert dazu auf S. 16-17):

"Schließlich weckt auch der wenig stringente und teils widersprüchliche Sachvortrag der Beklagten selbst Zweifel an der Richtigkeit ihrer Behauptung, ihr habe beim Abschluss des Zwischenfinanzierungsvertrages eine Ausfertigung der notariellen Vollmacht vorgelegen.

So hat die Beklagte zunächst behauptet, den Darlehensvertrag am 30.12.1991 unterzeichnet zu haben; so noch in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat am 29.08.2008. Erst mit Schriftsatz vom 30.12.2008 hat sie dann vorgetragen, der Vertrag sei frühestens am

30.12.1991 und spätestens am 21.01.1992 kurz vor Absendung der Unterlagen an die Kläger unterzeichnet worden. Letzteres stünde allerdings im Widerspruch zum Schreiben der Beklagten an die Kläger vom 17.01.1992 (Anlage BB 3, Bl. 505 GA) dessen Inhalt denknötwendig voraussetzt, dass die Beklagte den Darlehensvertrag schon als abgeschlossen ansah. Mit dem - nicht nachgelassenen - Schriftsatz vom 12.11.2010 kehrt sie sodann wieder zur ursprünglichen Darstellung zurück.

Ferner hat die Beklagte noch mit Schriftsatz vom 30.12.2008 behauptet, ihr sei kein Fall bekannt, in denen Prüfstempel auf die für die Darlehensnehmer bestimmten Ausfertigungen der Darlehensverträge aufgebracht worden seien. Dies hat sich als unzutreffend herausgestellt (s. Anlage BB 56, Bl. 1495ff. GA). Wenn dies auch notwendigerweise Spekulation bleiben muss, so erscheint es immerhin nicht ausgeschlossen, dass Prüfstempel nur auf diejenigen "Ausfertigungen für den Darlehensnehmer" angebracht wurden, bei denen die Ausfertigung der notariellen Vollmacht zum Zeitpunkt der Versendung der Darlehensunterlagen an die Darlehensnehmer vorlag, während dies in anderen Fällen - ggf. auch hier eben nicht erfolgte.

Schließlich ist auf den Sachvortrag der Beklagten zu den Übersendungsschreiben der Fa. Fitec hinzuweisen, der sich ebenfalls im Nachhinein teils als unzutreffend herausgestellt hat. So hatte die Beklagte behauptet, in einem Verfahren Fell .1. Deutsche Bank (OLG Bamberg, 3 U 38/07) habe ihr ebenfalls kein Übersendungsschreiben vorgelegen (Schriftsatz vom 09.10.2009, Bl. 1621 GA). Das ist - unstreitig - unzutreffend (vgl. Schriftsatz der Kläger vom 04.12.2009, Bl. 1710 GA). Ferner hatte sie vorgetragen, in einem Verfahren Müller .1. Deutsche Bank (LG Hechingen, 1 O 323/08) gebe es ebenfalls kein Übersendungsschreiben. Auch das trifft nach eigener, späterer Einlassung der Beklagten nicht zu (vgl. Schriftsatz vom 15.02.2010, Bl. 1781 GA).

Wenn auch der Beklagten hiermit keinesfalls vorsätzlicher Falschvortrag unterstellt werden soll, so weckt doch der Umstand, dass sie sich mehrfach zur Richtigstellung bzw. Änderung ihres Sachvortrages veranlasst gesehen hat, weitere Zweifel an der Richtigkeit ihres Vorbringens insgesamt."

Dann äußert sich der Senat zur Frage, ob wenigstens bei der Endfinanzierung eine Vollmacht vorgelegen habe (obwohl es darauf eigentlich gar nicht mehr ankommt, weil Auszahlungen ja nur aus der Zwischenfinanzierung erfolgten) und stellt fest (Seite 18, 19):

"Steht hiernach nicht fest, dass der Beklagten eine Ausfertigung der Vollmacht beim Abschluss des Zwischenfinanzierungsvertrages vorlag, so lässt sich ebenso wenig feststellen, dass dies bei Abschluss des Enddarlehensvertrages der Fall war - was die Kläger ausdrücklich bestritten haben.

Die Beklagte befindet sich zwar heute im Besitz der Ausfertigung, wie sie in der mündlichen Verhandlung vor dem Senat am 12.05.2010 durch deren Vorlage unter Beweis gestellt hat. Daraus kann aber nicht der Schluss gezogen werden, die Ausfertigung der Vollmachtsurkunde müsse ihr, wenn nicht schon bei Abschluss des Zwischenfinanzierungsvertrages, so doch wenigstens bei Abschluss des Endfinanzierungsvertrages vorgelegen haben; genauso gut ist denkbar, dass ihr die Ausfertigung erst in der Zeit nach dessen Abschluss übersandt wurde."

Dann kommt wieder die Aussage des sich in tausend Widersprüche verstrickenden Herrn Scheck in den Vordergrund und der Senat erklärt dazu auf Seite 18, 19:

"Aus der Aussage des Zeugen Scheck ergibt sich nichts anderes. Der

Zeuge Scheck hat zwar nach Vorhalt des Endfinanzierungsvertrages (Anlage B 3) ausgesagt, dass er nach den Daten auf dem Darlehensformular davon ausgehe, dass die Unterschriften am 04.11.1992 geprüft worden seien und der Darlehensvertrag danach von der Beklagten unterschrieben worden sei; gleiches soll der Zeuge Wissmann - erstmals benannt mit Schriftsatz vom 04.06.2010 - bekunden. Diese Aussage widerspricht jedoch ersichtlich dem Inhalt der bei den Akten befindlichen Unterlagen. So geht aus dem als Anlage B 4 überreichten, an die Kläger gerichteten Schreiben der Beklagten vom 06.10.1992 hervor, dass der Darlehensvertrag bereits zu diesem Zeitpunkt unterzeichnet war und mit dem Schreiben vom 06.10.1992 an die Kläger übersandt wurde. Aus den weiteren, in der mündlichen Verhandlung am 12.05.2010 und bereits zuvor als Anlagen zum Schriftsatz vom 10.05.2005 überreichten Unterlagen (Bl. 125-127 bzw. 1922-1924 GA) folgt, dass das Darlehen Nr. 240101-87 den Klägern mit Schreiben vom 30.09.1992 zugesagt und am selben Tage in Höhe von 109.038,00 DM dem Zwischenfinanzierungskonto gutgeschrieben wurde. Ferner ergibt sich aus diesen Unterlagen, dass den Klägern am 20.10.1992 eine Mitteilung übersandt wurde, wonach ihnen das mit Wirkung vom 30.09.1992 zugesagte Darlehen Nr. 240101-88 über 17,317,80 DM am 30.10.1992 zur Verfügung gestellt werde. Hiernach liegt es fern, dass die Beklagte den Darlehensvertrag erst am oder nach dem 04.11.1992 unterschrieben haben soll. Zudem ist es auch rechtlich unerheblich, ob die Vollmacht am 04.11.1992 vorlag, denn der Endfinanzierungsvertrag war bereits zuvor zustande gekommen - sei es mit einer vor dem 06.10.1992 erfolgten Unterschrift der Beklagten oder sei es mit Zugang der Schreiben vom 06. oder 20.10.1992.

Einer Vernehmung des Zeugen Wissmann bedarf es unter diesen Voraussetzungen nicht."

Schließlich stellt der Senat abschließend fest, dass es sowieso keine Rolle spielt, ob der Deutschen Bank bei Abschluss des Endfinanzierungsvertrages mit der angeblich bevollmächtigten Treuhänderin eine Vollmachtsausfertigung vorgelegen habe. Denn aus der Endfinanzierung, die ja nur auf das den Klägern nicht zuzurechnende Zwischenfinanzierungskonto umgebucht wurde, könnte die Beklagte ohnehin keine Ansprüche geltend machen, da sie diese Endfinanzierungsvaluta auf dem nur ihr zuzurechnenden Zwischenfinanzierungskonto ohne Rechtsgrund erlangt habe. Ausdrücklich stellt der Senat auf Seite 20 fest:

"Ein Darlehensnehmer hat die Darlehensvaluta aber nur empfangen und ist damit Schuldner des Bereicherungsanspruchs der Bank, wenn die Zahlung auf ein für ihn wirksam eingerichtetes Konto geleistet worden ist (BGH, U. vom 25.11.2008, XI ZR 426/07, Rz. 27)."

Weiter führt der Senat aus:

"Der Zeitpunkt der Eröffnung des Zwischenfinanzierungskontos ist unklar; nach den gegebenen Umständen spricht allerdings vieles dafür, dass das Konto am 19.12.1991 -dem auf der Rückseite des Darlehensvertrages und auf dem am 21.01.1992 abgesandten Schreiben aufgedruckten Datum - eröffnet wurde; spätestens am 31.12.1991, dem Tag der Darlehensauszahlung, muss das Konto eröffnet gewesen sein. Dass der Beklagten bereits zu dieser Zeit eine Ausfertigung der notariellen Vollmacht vorgelegen hätte, vermag der Senat -- wie ausgeführt - aber nicht festzustellen."

II. LG Kassel, Urteil vom 02.11.10, Az. 7 O 1249/07, gegen die UniCredit Bank AG

Es geht um eine von rund 80 Wohnungen einer komplett von der HypoBank mit Hilfe nichtiger Vollmachten und den üblichen falschen Zusicherungen des Schaulvertriebs betreffend Miete, Maklerprovision und Rolle der "Treuhänder" durchfinanzierten Wohnanlage in Kassel, Mombachstraße.

Hier gab das Landgericht Kassel unserer Vollstreckungsgegenklage statt. Außerdem entsprach es unserem Antrag, festzustellen, dass unser Mandant der Bank zu keinem Zeitpunkt aus den Darlehensverträgen verpflichtet war.

Zuvor hatte eine Beweisaufnahme insbesondere zur Frage stattgefunden, ob der Bank rechtzeitig bei Abschluss der Darlehensverträge eine Vollmachtsausfertigung vorgelegen habe. Die von der Bank dazu vorgelegten Urkunden waren von vorn bis hinten widersprüchlich. In einer der Urkunden war von einer falschen Wohnung in einer ganz und gar anderen Wohnanlage die Rede, in einer anderen Urkunde war die Rede von einem ganz anderen Treuhänder. Auf dem Übersendungsschreiben der Treuhänder an die Bank, mit welchen angeblich die Vollmachtsausfertigung gekommen sein sollte, befand sich kein Eingangsstempel.

Betreffend das Vertrauensschutzbegehren der Bank, also ihre Behauptung, sie habe auf die Wirksamkeit der Vollmacht vertraut, weil ihr bei Abschluss des Darlehensvertrages eine Ausfertigung der Vollmachtsurkunde vorgelegen habe, führt das Landgericht aus (Seite 10):

Dies war hier von der Beklagten darzulegen und zu beweisen. Dieser Nachweis ist der Beklagten im Ergebnis nicht zur Überzeugung des Gerichts gelungen; es verbleibt Raum für rationale, nach dem Maßstab des § 286 ZPO nicht als unbeachtlich beiseite zu lassende Zweifel. Die Kammer hat dabei berücksichtigt, dass allerdings bei Klärung der Frage, ob den verantwortlichen Mitarbeitern der Beklagten seinerzeit bei Abzeichnung der Darlehensverträge mit dem Kläger, spätestens bei Ausreichung der Darlehensvaluta eine solche Vollmachtsurkunde im Original vorlag, keine von vornherein unerfüllbaren Anforderungen an die Beweisführung der Bank gestellt werden dürfen. Es handelt sich insbesondere bei dem Abschluss solcher Darlehensverträge und der dabei etwa erforderlichen Vollmachtenprüfung für die beteiligten Mitarbeiter der Beklagten um ein Routine- und Massengeschäft, so dass von vornherein nicht zu erwarten steht, von der Beklagten benannte Zeugen seien zu sonderlich detaillierten Angaben über den in Frage stehenden Vorgang in der Lage. Jedoch war dem umgekehrt gegenüber zu stellen, dass nicht sämtliche hieraus erwachsenden Aufklärungsschwierigkeiten zu Lasten des Klägers gehen dürfen, dem insbesondere nicht angelastet werden kann, dass sich die Beklagte hier erst nach mehr als 15 Jahren veranlasst gesehen hat, von dem zu ihren Gunsten geschaffenen Titel Gebrauch zu machen. Es kommt deshalb insbesondere nicht in Betracht, den Beweis schon allein deshalb als geführt anzusehen, weil die Beklagte bewiesen hätte, dass der in Frage stehende Notarvertrag bei Einhaltung der von ihr seinerzeit ihren Mitarbeitern erteilten Vorgaben nur nach Prüfung der Vorlage einer Ausfertigung der in Frage stehenden Vollmachtsurkunde hätte ausgereicht werden dürfen. Zugunsten der Beklagten spricht hier zwar einerseits, dass sie sich im Verfahren in der Lage gesehen hat, eine in ihren Händen befindliche Originalausfertigung der in Frage stehenden Vollmachtsurkunde zu den Akten zu reichen. Diese weist umgekehrt allerdings in ihrer äußerlichen Beschaffenheit keine Merkmale wie etwa einen Eingangsstempel oder Eintragungen von Mitarbeitern der Beklagten auf, die den Rückschluss zulassen würden, die vorgelegte Urkunde habe der Beklagten bereits bei Zustandekommen der in Frage stehenden Darlehensverträge im Jahr 1992 vorgelegen. Einen hinreichend zwingenden Anhaltspunkt hierfür wirft auch nicht das von der Beklagten vorgelegte Übersendungsschreiben der für die CBS GmbH tätigen Herren Rütjes und Bündgen ab. Es kommt dabei auch nicht auf das Beweisangebot der Beklagten an, den Zeugen Rütjes zu den Umständen der damaligen Übersendung, insbesondere dazu zu befragen, ob er seinerzeit in der im Übersendungsschreiben durch Ankreuzen eines Formularfelds ausgewiesenen Weise dem Schreiben auch tatsächlich eine Ausfertigung der Vollmachtsurkunde und nicht etwa eine bloße Fotokopie

- die als Rechtsscheinsträger nicht ausreichend wäre - beigelegt hat. Unterstellt, der Zeuge Rütjes könnte der Kammer durch glaubwürdige Angaben die Überzeugung vermitteln, dass seinerzeit an die Beklagte eine Ausfertigung der Notarurkunde auf den Weg gebracht worden ist, wäre damit nämlich noch kein Beleg für deren ordnungsgemäße Ankunft erbracht; es besteht keineswegs ein genereller Erfahrungssatz, dass auf den Weg gebrachte Unterlagen stets bestimmungsgemäß ihren Adressaten erreichen. Insbesondere käme der Beklagten die Rechtsscheinwirkung einer solchen Ausfertigung hier nur zugute, falls diese Ausfertigung den mit der Bearbeitung des Kreditantrags der für den Kläger handelnden CBS befassten bzw. dafür zuständigen Mitarbeitern auch tatsächlich zur Kenntnis gelangte. In einer komplexen Großorganisation, wie sie die Beklagte unterhält, kann es immer einmal vorkommen, dass übersandte Unterlagen in Verschluss geraten, sich also zwar körperlich in den Räumlichkeiten der Beklagten befinden, aber nicht zur Kenntnis ihres bestimmungsgemäßen Adressaten gelangen.

Die Beklagte hat aus ihren Kreditunterlagen zwar eine Kopie des Übersendungsschreibens vorgelegt (Anl. B 1, Sonderkonvolut). Ein Eingangsstempel oder sonstige, auf Kenntnisnahme durch die Mitarbeiter der Beklagten hindeutende Einträge sind darauf jedoch nicht enthalten. Die Zeugin Feucht hat in der Verhandlung vom 10.03.2010, hierzu unter Vorlage des Originals der Anlage befragt, die Einschätzung geäußert, die dort ersichtlichen Eintragungen rührten von Herrn Rütjes von der CBS GmbH her; ihr selbst oder Mitarbeitern der Beklagten vermochte sie diese Eintragungen nicht zuzuordnen. Zwar wäre dies noch kein zwingendes Beweisindiz gegen einen seinerzeitigen Zugang; jedoch kann sich die Beklagte mithin umgekehrt auch nicht auf einen Eingangsstempel oder ähnliche Einträge als Zugangsnachweis berufen. Auf das Fehlen eines Eingangsstempels angesprochen, hat die Zeugin Feucht diesen Umstand damit erläutert, dass seinerzeit von der CBS regelmäßig größere Postkonvolute (Zeugin "dicke Packen Post"; PA S. 6; V/210 d.A.) eingegangen seien, so dass der Eingangsstempel jeweils nur auf das oberste Deckblatt des Konvoluts gesetzt worden sei. Auch wenn somit nach dieser glaubhaften Darlegung das Fehlen eines solchen Eingangsstempels noch kein Indiz gegen den Eingang des Schreiben B 1 darstellen muss, lassen sich zwingende Schlussfolgerungen zugunsten der Beklagten jedenfalls nicht schon aus dem äußeren Erscheinungsbild der von ihr vorgelegten Unterlagen herleiten, sondern begründen diese auch bei Gesamtschau - Existenz eines Schreibens, wonach eine Ausfertigung der Vollmacht an die Beklagte übersandt worden sein soll; Existenz und Vorlage zu den Gerichtsakten einer solchen Vollmachtausfertigung durch die Beklagte - nur eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, der Beklagten könne seinerzeit eine solche Vollmacht vorgelegen haben.

Die Vernehmung der in dem Übersendungsschreiben der CBS GmbH vom 16.10.1992 als Empfängerin benannten Mitarbeiterin der Beklagten, der Zeugin Feucht, ist nach Würdigung der Kammer nicht geeignet, diese Wahrscheinlichkeit zu der nach § 286 ZPO geforderten Gewissheit zu verdichten. Konkrete Erinnerungen an den Kläger und den von der Beklagten mit ihm abgeschlossenen Darlehensvertrag hatte die Zeugin bei ihrer Vernehmung am 10.03.2010 nicht mehr, sondern hat - verständlich und ohne weiteres nachvollziehbar - geltend gemacht, sie habe angesichts ihres im Jahre 1996 erfolgten Ausscheidens aus dem Unternehmen der Beklagten, bei dem sie seit 1978 tätig gewesen war, heute an damalige Geschehnisse von vornherein nur bruchstückhafte Erinnerungen.

Soweit die Zeugin Feucht als generelle Handlungsanweisung und Praxis bei der Beklagten geschildert hat, dass diese schon seinerzeit von Bevollmächtigten des Darlehensnehmers eingereichte Darlehensanträge nur nach Vorlage eines Originals der Vollmacht, hier somit einer Ausfertigung der notariellen Vollmachtsurkunde bewilligt hat, begründet die Tatsache, dass die Beklagte den Darlehensantrag tatsächlich bewilligt hat, dieser somit hätte seinerzeit eine Ausfertigung nicht

vorgelegen - nur unter Verstoß gegen die internen Anweisungen und Übungen der Beklagten bewilligt worden sein kann, nur ein schwaches Beweisindiz zugunsten der Beklagten. Die Zeugin Feucht hat selbst eingeräumt, was nach der Lebenserfahrung ohnedies auf der Hand liegt, dass solche Fehler immer einmal unterlaufen können. Die Möglichkeit eines solchen Fehlers erfährt hier zwar keine zusätzliche Erhärtung etwa dadurch, dass die Darlehensverträge jeweils "zwischen den Jahren", somit in einer Zeit besonders intensiven Geschäftsanfalls bei der Beklagten ausgefertigt worden wären. Die Verträge datieren jeweils auf Ende November/Anfang Dezember 1992 bzw. September 1993 und die Zeugin hat verneint, dass dies jeweils Zeiträume besonders hektischen Geschäftsanfalls gewesen seien: Gleichwohl kann die Möglichkeit eines Fehlers der Mitarbeiter der Beklagten nicht völlig beiseite gelassen werden.

Ferner ist zu berücksichtigen, dass die zentrale Bedeutung der Frage, ob der Beklagten eine Vollmachturkunde im Original oder nur in Kopie vorlag, für die Abwicklung von Darlehensverträgen der hier in Frage stehenden Art erst nachträglich hervorgetreten ist; in den Jahren 1992 bis 1993 kann auch den Verantwortlichen der Beklagten selbst noch nicht oder jedenfalls nicht vollumfänglich bewusst gewesen sein, welchen erheblichen rechtlichen Bestandsrisiken von ihr abgeschlossene Darlehensverträge der hier in Frage stehenden Art unterliegen können. Mithin liegt fern, dass den beteiligten Mitarbeitern seinerzeit die Bedeutung der ordnungsgemäßen Vollmachtenprüfung, insbesondere der Vorlage einer Ausfertigung der Urkunde im Unterschied zu einer bloßen Fotokopie in vollem Umfang bewusst war und darauf gleichsam der zentrale Aufmerksamkeitsfokus der Zeugin oder der übrigen Mitarbeiter der Beklagten gelegen hat. Die Zeugin hat die Frage, ob sie stets vor Abschluss der Darlehensverträge die notarielle Vollmacht des Kunden vorliegen hatte, damit beantwortet, dass sie letztlich dazu nur noch sagen könne, sie habe die Anweisung gehabt, dass diese Vollmacht vorliegen muss. Im weiteren Fortgang ihrer Vernehmung hat sie selbst eingeräumt, dass seinerzeit natürlich kein gleiches Problembewusstsein wie heute bestanden habe. Die Hausjuristen der Beklagten hätten geprüft und festgestellt, dass notarielle Ausfertigungen zu fordern seien. An konkrete Fälle könne sie sich nicht mehr erinnern. Die Anweisung sei ihrer Erinnerung nach von der Rechtsabteilung ausgegangen, wobei diese Anweisungen jeweils objektbezogen ausgestaltet und erteilt worden seien. Sie könne sich nicht mehr erinnern, ob ihr im konkreten Fall, also für das hier in Frage stehende Objekt Mombachstraße, Kassel, eine solche Handlungsanweisung erteilt worden sei, auch wenn sie davon ausgehe, dass eine solche Anweisung bestanden habe. Dies lässt insgesamt durchaus Raum für die nicht fern liegende, jedenfalls einer Überzeugungsbildung zugunsten der Beklagten gegen stehende Möglichkeit, es könne hier bei der Abwicklung des Darlehensvertrags mit dem Kläger zu Abweichungen von den üblichen Handlungsweisen bei der Beklagten gekommen sein. Zudem hat die Zeugin einzelne - für sich genommen allerdings minder gravierende - Auffälligkeiten der vorgelegten Unterlagen nicht zu erklären vermocht, nämlich weder den Umstand aufklären können, dass auf dem Original der Anlage B 1 (im Konvolut nach Protokollabdruck Bd. V/210 ff.) unterschiedliche Kugelschreibereintragen ersichtlich sind, noch erläutern können, warum in einem auf den Kreditvertrag des Klägers bezogenen Schreiben der Beklagten vom 22.10.2010 (im Konvolut aaO) dort der Empfänger (SSB statt CBS) und das Objekt (Braunschweig statt Kassel) unzutreffend angegeben ist. Die Beklagte kann ferner keine entscheidenden Schlussfolgerungen zu ihren Gunsten daraus herleiten, dass es allerdings auch an Anhaltspunkten für eine Beanstandung der eingereichten Unterlagen fehlt. Die Zeugin Feucht hat es nur als wahrscheinlich bezeichnet, dass sie oder die übrigen mit dem Kreditantrag befassten Mitarbeiter der Beklagten das Fehlen einer Ausfertigung moniert, etwa bei Prüfung der Unterlagen hierüber einen Vermerk angebracht und die fehlende Unterlage sodann nachgefordert hätten. Es überspannt die Anforderungen an eine richterliche Überzeugungsbildung zu einem im Jahre 1992/1993 erfolgten

Geschäfts-vorfall hiernach nicht zu Lasten der Beklagten, wenn sich die Kammer auch bei Gesamtschau dieser Umstände nur dazu in der Lage sieht, eine gewisse Wahrscheinlichkeit unterhalb der Schwelle voller richterlicher Überzeugung für die Richtigkeit des Sachvortrags der Beklagten zu sehen, dass ihr Vortrag zur seinerzeitigen Vorlage einer Ausfertigung zutrifft.

Soweit die Beklagte beantragt hat, im Hinblick auf den nach der mündlichen Verhandlung vom 10.03.2010 eingetretenen Wechsel des Dezernatsrichters nunmehr die Vernehmung der Zeugin Feucht wiederholen zu lassen, sieht die Kammer hierzu bei Würdigung der Voraussetzungen des § 398 ZPO keinen zureichenden Anlass. Zweifel an der persönlichen Glaubwürdigkeit der Zeugin Feucht hat die Kammer aus dem ansonsten umfassenden und vollständigen Protokoll ihrer Angaben nicht abzuleiten vermocht, sondern sieht die Angaben der Zeugin Feucht nur als ihrer inhaltlichen Aussagekraft nach ungeeignet an, dem Gericht die erforderliche Überzeugung zu verschaffen."

III. Weitere Meldungen

Hilfe von der Fed auch für Deutsche Bank

Die amerikanische Notenbank hat neue Daten ihrer Maßnahmen in der Finanzkrise veröffentlicht: Die Liste der Empfänger liest sich wie das "Who is Who" der Wirtschaft: Nicht nur General Electric hätten zum Höhepunkt der Krise die Federal Reserve um Hilfe ersucht, sondern auch die Europäische Zentralbank, schreibt das WSJ. Insgesamt sind 3,3 Billionen Dollar geflossen. Zwei europäische Grossbanken waren nach Auswertung von FinNews große Nutznießer: Deutsche Bank und Credit Suisse. Businessweek zitiert genüsslich Goldman-Sachs-Chef Lloyd Blankfein, der 2009 gesagt habe, seine Bank hätte die Kreditkrise auch ohne staatliche Hilfe überstehen können. Tatsächlich habe die Investmentbank in den Wochen nach dem Untergang von Lehman Brothers 24,2 Milliarden Dollar von der Fed bezogen.

http://online.wsj.com/article/SB10001424052748704594804575648740948074042.html?mod=WSJEUROPE_hps_LEFTTopStories

<http://www.businessweek.com/news/2010-12-01/goldman-sachs-fed-loans-topped-24-billion-in-crisis.html>

<http://www.finews.ch/news/banken/4758-credit-suisse-dicke-hilfe-vom-fed>

http://www.federalreserve.gov/newsevents/reform_transaction.htm

WSJ » Finews » Businessweek » Bloomberg » FED-Originaldokument »

Notverkäufe in Spanien - Länder drängen auf EZB-Hilfe

Neue Runde in der Euro-Krise: Spaniens Ministerpräsident Jose Luis Rodriguez Zapatero und sein Stellvertreter Alfredo Perez Rubalcaba wollen mit Notverkäufen die Schulden reduzieren. "Doch ob selbst das reicht, ist fraglich", schreibt das Handelsblatt. Denn die Finanzmärkte entkoppeln sich zunehmend von der Realität in der Eurozone. Die Märkte spekulieren laut Börsenzeitung auf Bond-Käufe der EZB - vor allem Spanien und Italien begehren nach Meinung des WSJ entsprechende Hilfe. So gingen gestern die Risikoauflschläge für Anleihen mehrerer europäischer Länder rasant auf und ab, neben Portugal und Spanien trifft es auch Italien - und selbst Belgien gilt schon als Wackelkandidat. Da halfen auch die Beruhigungsversuche von Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle nicht.

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/sparpaket-angekündigt-spanien-stemmt-sich-mit->

[notverkaufen-gegen-die-krise;2703543](#)

<http://www.boersen-zeitung.de/index.php?li=300&artid=2010233009>

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0.1518.732143.00.html>

<http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/0.2828.731971.00.html>

Double dip im Immobilienmarkt der USA

"further gloomy news": Am 01.12.2010 meldet die online-Ausgabe des Economist, dass die Immobilienpreise in den USA wieder fallen, wie der renommierte S & P/Case-Shiller index in einer am 30.11. veröffentlichten Mitteilung bekannt gab.

Die nächste Blase platzt in China

Mark Hart, Hedge-Fonds-Manager, hat sich mit der Voraussage der Subprime-Krise in den USA bereits ein goldiges Näschen verdient. Nun glaubt der Hedge-Fund-Manager, die nächste Blase in China entdeckt zu haben.

<http://www.telegraph.co.uk/finance/newsbysector/banksandfinance/8166440/Hedge-fund-manager-Mark-Hart-bets-on-China-as-the-next-enormous-credit-bubble-to-burst.html>

Sorge um die iberische Halbinsel

In der Euro-Schuldenkrise warnt Portugals Zentralbank vor großen Risiken für die Finanzbranche des Landes. Zugleich sieht Spanien Grund zur Sorge, sollten die Zinslasten für das Land dauerhaft hoch bleiben wie derzeit.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0.1518.731895.00.html>

<http://www.fr-online.de/wirtschaft/alarm-in-portugal/-/1472780/4882824/-/index.html>

Wall Street zittert vor Wikileaks

In der US-Finanzbranche geht die Furcht vor einem neuen Skandal um. Nach der US-Diplomatie soll nun eine Wall-Street-Bank Ziel von Enthüllungen der Internetplattform Wikileaks werden. Die Finanzszene fürchtet ein Beben wie bei der letzten Finanzkrise. Unterdessen rätselt die internationale Wirtschaftspresse, welche Bank betroffen sein könnte. Ein Blogger der New York Times fragt sich, ob Wikileaks-Gründer Assange schon vor einem Jahr einen Hinweis auf die Bank of America gegeben habe. Und zitiert aus einem Interview mit "Computerworld". Auch Fortune hält das für möglich. "Was könnte man nur tun, um diese Typen zu beschämen", zitiert das Blatt Barry Ritholtz, der in den vergangenen Monaten chronistisch festgehalten habe, wie die Banken Eigenheimbesitzer und Investoren mit Hypothekensicherheiten hintergangen hätten. Der Alptraum Wikileaks könnte auch für deutsche Banken wahr werden. Insider halten vor allem die Kommunikation von Banken und Kunden für schlecht gesichert. Schläge Wikileaks in Deutschland zu, ginge es wohl in erster Linie um Vorstands- oder Aufsichtsratsprotokolle sowie internen Schriftverkehr auf Vorstandsebene.

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken-versicherungen/neue-enthuellungen-wall-street-zittert-vor-wikileaks;2703026:0>

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0.1518.732141.00.html>

<http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/1076441>

http://www.economist.com/blogs/democracyinamerica/2010/11/wikileaks_0

Wikileaks nimmt Finanzindustrie aufs Korn

Die Enthüllungsplattform versetzt bereits Politiker und Diplomaten weltweit in Panik - nun ist die Wirtschaft dran. Wikileaks-Gründer Julian Assange hat angekündigt, als nächstes ein Paket von Dateien aus einer Großbank zu veröffentlichen. Dabei gehe es um Zehntausende interner Dokumente der Finanzinstitution. Er verspricht Einblick in die heikelsten Geheimnisse des Geldinstituts. Die Offenlegung des Materials eröffne "wahre und repräsentative Einsichten, wie sich Banken auf der Managementebene verhalten", sagte Assange weiter. Die Folge dürften "vermutlich Untersuchungen und Reformen sein".

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/neue-geheimdokumente-wikileaks-will-us-grossbank-blossstellen;2702232>

<http://www.ftd.de/politik/international/:naechste-enthuellung-wikileaks-will-us-grossbank-blossstellen/50200133.html>

<http://www.welt.de/politik/ausland/article11298073/Wikileaks-Big-Business-wird-das-naechste-Ziel.html>

<http://blogs.forbes.com/andygreenberg/2010/11/29/wikileaks-julian-assange-wants-to-spill-your-corporate-secrets/?boxes=HomepageLighttop>

Die Zukunft des Euros

Hat der Euro noch eine Zukunft (s. auch Köpfe)? Worüber die US-Medien seit längerer Zeit schreiben, beschäftigt nun auch immer mehr deutsche Wirtschaftsmedien. Und die Überschriften verheißen nichts Gutes. "Der Überlebenskampf des Euro", heißt das neue Video von Wiwo-Chefredakteur Roland Tichy. "Dem Euro hilft nur noch der große Wurf", titelt die Frankfurter Rundschau, während die Headline im Spiegel lautet: "Finanzexperten fürchten den D-Mark-Alptraum". Und für die Welt bröckelt der Mythos von den Euro-Vorteilen.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,731410,00.html>

<http://www.welt.de/wirtschaft/article11265500/Mythos-von-den-Vorteilen-des-Euro-broeckelt.html>

<http://www.fr-online.de/wirtschaft/dem-euro-hilft-nur-noch-der-grosse-wurf/-/1472780/4873868/-/index.html>

<http://www.wiwo.de/blogs/chefsache/2010/11/27/zwei-euro-fur-europa/>

Nächste Rettung: Portugal

Nouriel Roubini, US-Ökonom und ehemaliger Regierungsberater, sieht eine Rettung Portugals durch EU-Hilfen immer wahrscheinlicher werden.

http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/614205/Roubini_Portugal-erreicht-den-kritischen-Punkt?_vl_backlink=/home/wirtschaft/609810/index.do&direct=609810

<http://www.dailymail.co.uk/news/article-1334103/Portugal-reaching-critical-point-leading-economist-Dr-Doom-claims-country-increasingly-likely-need-bailout.html>

Warum Spanien so wichtig ist

Businessinsider erläutert anhand einer Grafik der französischen Großbank Société Générale, warum Spanien aufgrund seiner Größe der mutmaßliche letzte Dominostein für das Scheitern der Eurozone ist.

Derzeit bieten die spanische Großbanken fünf Prozent Zinsen, um sich zu refinanzieren.

<http://www.businessinsider.com/spanish-banks-are-so-desperate-for-funding-theyr-2010-11>

Die Zeit vom 11.11.2010 berichtet auf Seite 38 über skandalöse Praktiken der Banken in den USA unter dem Titel "Sieben Häuser pro Minute"

Die massenhaften Zwangsräumungen in den USA offenbaren skandalöse Praktiken der Banken. Nun droht ihnen eine Klageflut.

(.)

So schludrig waren die Profi-Räumer, dass in einem Fall ein Eigentümer in Fort Lauderdale einen Räumungsbescheid erhielt, obwohl er sein Haus bar bezahlt hatte und gar keine Hypothek darauf aufgenommen hatte.

(.)

Generalstaatsanwälte aller 50 Bundesstaaten haben die Spur der "Begläubigungssklaven" aufgenommen und Bankenaufseher eine Überprüfung der Räumungsverfahren angekündigt. Immer mehr Hausbesitzer beginnen, sich gegen die Räumungsbescheide zu wehren. Den US-Geldinstituten droht eine Klageflut.

(.)

Statt die Verkaufs- und Übertragungsvorgänge betreffend die über 1000 Ecken hin und her verkauften Grundschulden im Grundbuch einzutragen, schufen die Banken - unbemerkt von der Öffentlichkeit - ihr eigenes privates digitales Grundbuch.

(.)

1995 gründete eine Gruppe Banken eigens dafür ein Unternehmen namens MERS. Zu den Eigentümern gehörten die Bank of America, CitiMortgage, Wells Fargo und eine JP-Morgan-Chase-Tochter. Statt der Bank, die den Kredit an den Hausbesitzer ausgereicht hatte, erschien nun MERS in den Kreditunterlagen und im Grundbuch als der offizielle Halter und Gläubiger der Hypothek. Wechselte die Hypothek später den Besitzer, meldete die Bank das lediglich elektronisch an das interne MERS-Register. Auf diese Weise vermieden die Banken, den Besitzerwechsel gegen eine bescheidene Gebühr bei den örtlichen Rathäusern melden zu müssen.

(.)

Bis zur Verbriefung wechselte ein Kredit in Boomzeiten fünfmal oder häufiger die Hände. Inzwischen sind rund 60 % aller ausstehenden Hypotheken auf Wohnimmobilien auf MERS registriert. Es ist damit auch der angebliche Betreiber bei Millionen Zwangsversteigerungen - tatsächlich sind es jedoch die Gläubigerbanken, die aktiv werden. .

(.)

Die Meldung an MERS ist freiwillig - d. h., niemand weiß, wie aktuell und vollständig die Informationen in den MERS-Computern ist. Und weil offiziell MERS als Halter im örtlichen Grundbuch steht, kann in vielen Fällen niemand mehr nachvollziehen, wer den Kredit auf dem Haus tatsächlich hält. "Damit habe die Banken de facto das bisher öffentliche System der Registrierung von Grundeigentum, das in Amerika seit Kolonialzeiten zuverlässig gilt, im Alleingang privatisiert", sagt Peterson (Prof. an der University of Utah). Er hält das schlicht für nicht legal. Die obersten Richter in Kansas, Arkansas und Maine haben das in einigen Fällen genauso gesehen und Räumungen im Namen von MERS geblockt.

(.)

Analysten prognostizieren, dass die Banken wegen Unregelmäßigkeiten bei der Verbriefung in den kommenden Jahren bis zu 97 Milliarden Dollar an Krediten zurückkaufen müssten. Die Ratingagentur Standard & Poor's rechnet mit mindestens 31 Milliarden Dollar Verlust durch solche Rückkäufe.

Soweit diese Meldungen.

Mit den besten Grüßen

Reiner Fuellmich

Impressum

Dieser Newsletter ist ein kostenloser Service der:

Rechtsanwaltskanzlei Dr. Fuellmich & Associates
Senderstr.37
37077 Göttingen
Tel.: +49 (0)551 209 120
Fax: +49 (0)551 209 12144
E-Mail: info@fuellmich.com
Internet: www.fuellmich.com

Haftungsausschluss und Vervielfältigung

Alle Beiträge dieses Newsletters sind urheberrechtlich geschützt. Der Newsletter darf nur weiterversendet oder in Online-Medien und Internet-Angeboten bereitgestellt werden, wenn dies komplett und ohne Änderungen geschieht. Weiterhin ist die Kanzlei Dr. Fuellmich & Associates nicht für die Inhalte fremder Seiten verantwortlich, die über einen Link erreicht werden. Diese Erklärung gilt für alle in diesem Newsletter befindlichen Links, die nicht auf die Internetseiten der Kanzlei zeigen.

----- ENDE TEXT -----

Vielen Dank, Herr Dr. Fuellmich!

Freundliche Grüße
L.B. Werner
(Vors. des SVD)

SVD e.V.
Spessarttring 47

63110 Rodgau

T. 06106 / 258830
F. 06106 / 258831

www.s-vd.de, svdmail@s-vd.de

- eingetragen im Vereinsregister Offenbach am Main unter VR 4679 -

- USt-IdNr.: DE208931045 -

- *Vorsorglich wird für alle innerhalb dieser Mail angegebenen verlinkten Seiten explizit erklärt, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und Inhalte dieser Seiten hatten. Deshalb distanzieren wir uns ausdrücklich von den Inhalten aller verlinkten Seiten, für deren Inhalt und Richtigkeit wir keine Gewähr übernehmen.* -